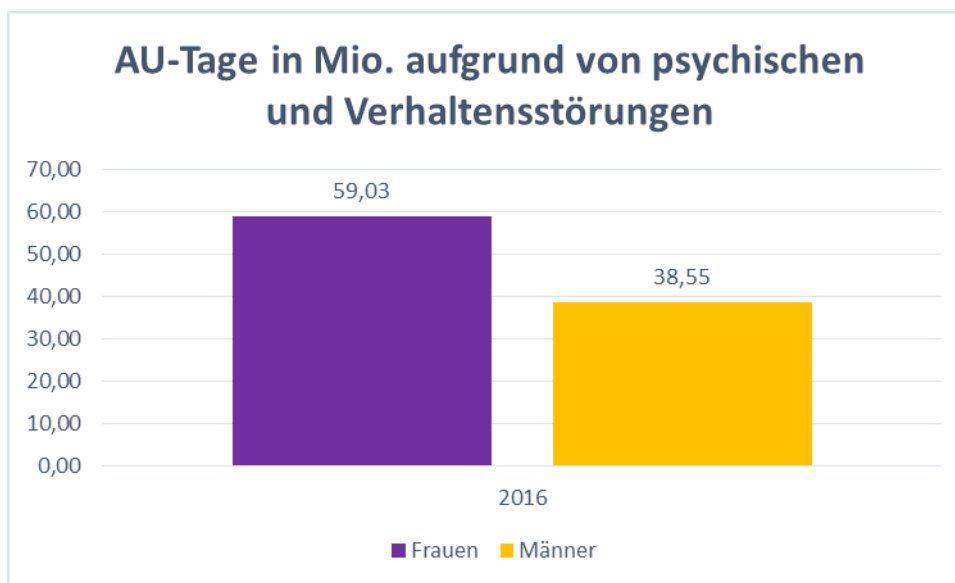


Frauen leiden am stärksten unter psychischen Belastungen in der Arbeitswelt - Gesundheitsberufe und Erziehungswesen besonders betroffen

Auswertung der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Psychische Belastungen in der Arbeitswelt“ (Drs. 19/3667) von Jutta Krellmann u.a. und der Fraktion DIE LINKE im Bundestag

Zusammenfassung:

Frauen weisen durchschnittlich ca. 50 Prozent mehr Arbeitsunfähigkeitstage (AU-Tage) aufgrund psychischer und Verhaltensstörungen auf als Männern (59 Mio. zu 39 Mio.). Vergleicht man die weiblichen Beschäftigten untereinander fällt auf, dass Frauen im Alter zwischen 55 und 65, aufgrund dieser Diagnose, doppelt so häufig krankgeschrieben sind, als Frauen im Alter zwischen 20 und 30. Demnach steigt mit dem Alter das Maß der Betroffenheit an.



In bestimmten Berufsgruppen sind Beschäftigte häufiger krankgeschrieben als im Durchschnitt: Aufsichtskräfte im Hochbau über 16 Prozent häufiger, in der Gesundheits- Krankenpflege und Altenpflege fast 10 Prozent häufiger. Branchen, in denen überdurchschnittlich viele Frauen arbeiten, sind besonders von psychischen Belastungen und arbeitsbedingtem Stress betroffen:

78 Prozent der Beschäftigten im Gesundheits- und Sozialwesen sind Frauen (Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2018). Hier geben 68 Prozent der Beschäftigten an „verschiedenartige Arbeiten gleichzeitig betreuen zu müssen“ und es wird über hohe emotionale Anforderungen in der Tätigkeit mit Kunden bzw. Patienten berichtet. In der Branche nichtmedizinische Gesundheitsberufen und Medizintechnik wird eine Erreichbarkeit für dienstliche Belange von mehr als einem Drittel der Beschäftigten erwartet, fast ein Viertel wird auch tatsächlich in der Freizeit kontaktiert.

Im Bereich Erziehung und Unterricht ist der Anteil der weiblichen Beschäftigten 72 Prozent (Bundesagentur für Arbeit 2018). Hier geben 71 Prozent der Beschäftigten an, „verschiedenartige Arbeiten gleichzeitig betreuen zu müssen“. Mehr als die Hälfte der Beschäftigten dieser Branche gibt an „mit neuen Aufgaben konfrontiert“ zu werden. Eine Erreichbarkeit im Privatleben wird von knapp einem Drittel der Beschäftigten der lehrenden und ausbildenden Berufe erwartet, jeder Fünfte wird tatsächlich außerhalb der Arbeitszeit kontaktiert.

Zwei Drittel aller AU-Tage aufgrund der Diagnosen psychische und Verhaltensstörungen entfallen auf Frauen. Bei Frauen bestimmter Altersgruppen (35-40 Jahre) gingen knapp ein Viertel der Fehltag auf psychische und Verhaltensstörungen zurück.

Immer mehr Beschäftigte in Deutschland müssen sich krank melden und können nicht zur Arbeit gehen. Seit 2007 ist die Zahl der AU-Tage von 437,7 Mio. auf 674,5 Mio. im Jahr 2016 um mehr als die Hälfte angewachsen. Vermehrt gehen diese Krankmeldungen auf psychische und Verhaltensstörungen zurück, ihr Anteil ist von 2007 bis 2016 um fast die Hälfte angewachsen. Heute geht fast jede sechste Krankmeldung darauf zurück.

Seit 2007 sind die Rentenzugänge wegen verminderter Erwerbsfähigkeit aufgrund psychischer und Verhaltensstörungen um fast 40 Prozent, angestiegen. Der Anteil der Rentenzugänge aufgrund dieser Diagnose im Vergleich zu allen anderen Diagnosen hat sich von 1997 bis 2017 verdoppelt. Gehen Frauen frühzeitig in Rente, ist dies sogar in knapp der Hälfte der Fälle auf psychische und Verhaltensstörungen zurückzuführen.

O-Ton Jutta Krellmann, MdB, Sprecherin für Mitbestimmung und Arbeit für DIE LINKE im Bundestag:

„Beschäftigte in Pflege und Erziehungsberufen – viele davon Frauen - leisten Arbeit, die enorm wichtig für unsere Gesellschaft ist. Es ist ein Armutszeugnis, dass unsere eigentlichen Leistungsträgerinnen krank werden und bis zum Burnout schuftet müssen. Um sie zu entlasten, müssen zehntausende Stellen in Pflege, Kitas und Schulen neu geschaffen werden, was wir als LINKE schon lange fordern. Bessere Arbeitsbedingungen und gute Löhne sind eine Selbstverständlichkeit. Das wäre besser für uns alle. Doch diese Bundesregierung will einfach nicht. Merkel, Scholz und Co. haben jeden Realitätssinn längst verloren“.

Ergebnisse im Einzelnen:

- **Die Anzahl der Arbeitsunfähigkeitstage (AU-Tage) sind zwischen 2007 und 2016 deutlich angestiegen (s. Antwort der Bundesregierung zu Frage 1).**
 - Von 437,7 Millionen AU-Tage im Jahr 2007 auf 674,5 Millionen im Jahr 2016. Das entspricht einer Steigerung von über 50%.
 - Die AU-Tage aufgrund von psychischen und Verhaltensstörungen sind von 47,9 AU-Tagen im Jahr 2007 auf 109,2 Millionen AU-Tage im Jahr 2016 angestiegen. Das entspricht einer Steigerung von fast 130%.
 - Waren 2007 10,9 % aller AU-Tage auf psychische Erkrankungen zurückzuführen, waren es 2016 bereits 16,2%
 - Im Jahr 2016 gab es unter gesetzlich Krankenversicherten waren 97,58 Millionen AU-Tage in der Diagnosegruppe psychische und Verhaltensstörungen, von denen 59,03 Mio. auf Frauen und 38,55 Mio. auf Männer entfielen
 - 57,16 Mio. AU-Tage entfielen 2016 auf Versicherte im Alter von 45-65 Jahren. Fast 60% aller AU-Tage fielen auf diese Altersgruppe
 - Bei den Frauen gingen 2016 je nach Altersgruppe bis zu ein Viertel aller AU-Tage auf die Diagnosegruppe psychische und Verhaltensstörungen zurück, z.B. waren 24,17% der 35 bis 40 jährigen deshalb krankgeschrieben
 - Bei den Männern ging 2016 je nach Altersgruppe bis zu jede sechste Krankschreibung auf psychische und Verhaltensstörungen zurück, z.B. waren 16,41% der 35 bis 40 jährigen deshalb krankgeschrieben.
- **Frauen sind besonders häufig wegen psychischen und Verhaltensstörungen krankgeschrieben (s. Antwort zu Frage 2)**
 - Frauen sind häufiger betroffen (Ø 173,11 AU-Tage/100 Versicherte) als Männer (Ø 103,22 AU-Tage/100 Versicherte).
 - Ältere Beschäftigte sind deutlich häufiger wegen psychischen Diagnosen krankgeschrieben als jüngere Beschäftigte. Zum Beispiel sind es im Durchschnitt 367,26 AU-Tage/100 Versicherte bei den 55 bis 60 jährigen Frauen, während es bei den 25-30 jährigen Frauen durchschnittlich 174,09 AU-Tage/100 Versicherte sind.
- **Beschäftigte in der Pflege sind mit am häufigsten krankgeschrieben (s. Antwort zu Frage 3-4).**
 - In der amtlichen Statistik werden die AU-Tage nicht nach Berufsgruppen und Arbeitsstätten erfasst.

- Bei den AOK-Versicherten entfallen 2016 die meisten AU-Tage auf die folgenden Berufsgruppen: Aufsichtskräfte im Hochbau (32,6), Berufe in der Gesundheits- und Krankenpflege (29,7) und Berufe in der Altenpflege (29,4). Im Vergleich: Durchschnittlich weisen Beschäftigte über alle Branchen hinweg 27,2 AU-Tage auf.
- **Eine statistische Erfassung von Überlastungsanzeigen bzw. Gefährdungsanzeigen in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen erfolgt nicht. Auch liegen keine stichprobenartigen Ergebnisse vor (s. Antwort zu Frage 5).**
- **Rentenzugänge wegen verminderter Erwerbsfähigkeit nach psychischen und Verhaltensstörungen (s. Antwort zu Frage 6).**
 - von 1997 bis 2007 (-39%) Rückgang, danach Anstieg bis 2016 (+8%).
 - von 1997 bis 2007 Rückgang (-3%), danach Anstieg (+38%).
 - von 1997 bis 2016 verdoppelt, von 21% (1997) auf 42,8% (2016), im Vergleich zu allen anderen Diagnosen.
 - Heute sind annähernd die Hälfte der Rentenzugänge wegen verminderter Erwerbsfähigkeit von Frauen (49%) auf psychische und Verhaltensstörungen zurückzuführen.
- **Zu den gesamtgesellschaftlichen Kosten, die durch psychische Erkrankungen verursacht wurden, liegen keine Statistiken vor (s. Antwort zu Frage 7).**
- **Beschäftigte in kleineren Betrieben (bis 49 Beschäftigte) und in bestimmten Branchen (u.a Gesundheits- und Sozialwesen, Erziehung und Unterricht sowie Gastgewerbe) sind besonders von psychischen Belastungen und arbeitsbedingtem Stress betroffen (s. Antwort zu Frage 8)**
 - Von den Beschäftigte im Gesundheits- und Sozialwesen, geben 68% an „verschiedenartige Arbeiten gleichzeitig betreuen zu müssen“, von denen in Erziehung und Unterricht 71%.
 - Insbesondere Beschäftigte im Gesundheits- und Sozialwesen und im Gastgewerbe berichten über hohe emotionale Anforderungen in ihrer Tätigkeit mit Kunden bzw. Patienten.
 - Beschäftigte im Wirtschaftszweig Erziehung und Unterricht geben folgende Belastungen an: „Konfrontation mit neuen Aufgaben“ (53 %) und „Verfahren verbessern, Neues ausprobieren“ (49 %).
 - Die längsten Arbeitszeiten weisen die Branchen der Wasser-, Abwasser- und Abfallwirtschaft (41,8 h/Woche), der Energiewirtschaft (41,7 h/Woche), des Baugewerbes (41,6 h/Woche), des Verkehrs und der Lagerei (41,3 h/Woche) sowie der Land- und Forstwirtschaft (41,1 h/Woche).
 - Schichtarbeit ist vor allem in der Industrie (13% Wechselschicht mit und 6% Wechselschicht ohne Nachtschicht), im Öffentlichen Dienst (8% Wechselschicht mit und 3% Wechselschicht ohne Nachtschicht) und im Dienstleistungsbereich (6% Wechselschicht ohne Nachtschicht) verbreitet.
 - Flexible Arbeitszeiten spielen für 14% der Beschäftigten eine große Rolle (Öffentlicher Dienst 15%, Industrie 11%, Handwerk 12% und sonstige Dienstleistungsbereiche 14%).
 - Ständige Erreichbarkeit ist in kleineren Unternehmen (bis 49 Beschäftigte) mit 24% stärker ausgeprägt als in größeren Unternehmen (ab 250 Beschäftigte) mit 18%. Die tatsächliche Kontaktierung ist in kleineren Betrieben (14%) höher als in größeren Betrieben (11%).
 - Erreichbarkeit im Privatleben wird in den folgenden Branchen überdurchschnittlich häufig erwartet: Land-Tier- und Forstwirtschaftsberufen (45%), darstellende und unterhaltenden Berufe (35%), Nichtmedizinische Gesundheitsberufe und Medizintechnik (34%), Schutz- Sicherheits-, Überwachungsberufe (32%) sowie Lehrende und ausbildende Berufe (31%).
 - Tatsächlich kontaktiert werden am häufigsten Beschäftigte in den folgenden Branchen: darstellende und unterhaltende Berufe (27%), nichtmedizinische Gesundheitsberufe und Medizintechnik (23%), Hoch- und Tiefbau (22%), lehrende und ausbildende Berufe (21%) sie Gastgewerbe (20%).
- **Seit dem Jahr 2013 sind verschiedene Maßnahmen rund um das Thema Gefährdungsbeurteilung psychische Belastung eingeleitet worden (s. Antwort zu Frage 9).**
 - Festlegung des gemeinsamen nationalen Arbeitsschutzziels „Schutz und Stärkung der Gesundheit bei arbeitsbedingter psychischer Belastung“ (2013-2018).
 - Umsetzung des GDA-Arbeitsprogramms Psyche „Schutz und Stärkung der Gesundheit bei arbeitsbedingter psychischer Belastung“ (2013-2018).
 - Verabschiedung der GDA-Richtlinie „Beratung und Überwachung bei psychischer Belastung am Arbeitsplatz“ (November 2015).
- **Der Anteil der Beschäftigten, für die bis 2015 eine Gefährdungsbeurteilung unter Berücksichtigung psychischer Belastungen durchgeführt wurde, nimmt mit der Betriebsgröße zu (s. Tabelle 8 zu Frage 10).**

MdB-Büro Jutta Krellmann (Bülent Kilavuz, Hannes Strobel), 21.08.18

- In Betrieben unter 10 Beschäftigten liegt der Anteil der Beschäftigten bei 15%.
- In Betrieben mit 10 bis 49 Beschäftigten liegt der Anteil bei 34%.
- In Betrieben mit 50 bis 249 Beschäftigten liegt der Anteil bei 53%.
- In Betrieben mit über 250 Beschäftigten liegt der Anteil bei 70%.
- **In der Branche „Nahrungsmittelerzeugung“ war 2015 der Anteil der Beschäftigten, für die eine Gefährdungsbeurteilung unter Berücksichtigung psychischer Belastungen durchgeführt wurde, am geringsten (s. Tabelle 9 zu Frage 10).**
 - In der Branche „Nahrungsmittelerzeugung“ liegt der Anteil der Beschäftigten bei 28%.
 - In der Branche „Bau, Energie, Abfall“ liegt der Anteil der Beschäftigten bei 38%.
 - In der Branche „Produktionsgüter“ liegt der Anteil der Beschäftigten bei 60%.
 - In der Branche „Investitions- und Gebrauchsgüter“ liegt der Anteil der Beschäftigten bei 58%.
 - In der Branche „Einzelhandel- und Gastgewerbe“ liegt der Anteil der Beschäftigten bei 29%.
 - In der Branche „Gesundheits- und Sozialwesen“ liegt der Anteil der Beschäftigten bei 65%.
 - In der Branche „Öffentliche Verwaltung“ liegt der Anteil der Beschäftigten bei 59%.
- **Während bei fast allen Ministerien der Anteil der Beschäftigten, für die seit 2014 eine Gefährdungsbeurteilung „psychische Belastung“ durchgeführt wurde, bei 100% liegt, weisen einige Behörden einen Anteil von 0% aus (s. Antwort zu Frage 12).**
 - Ministerien, bei denen der Anteil bei 100% liegt:
 - Bundesministerium der Finanzen
 - Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat
 - Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
 - Bundesministerium für Arbeit und Soziales
 - Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft
 - Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
 - Bundesministerium für Gesundheit
 - Bundesministerium für Bildung und Forschung
 - Bundesministerium der Verteidigung
 - Behörden, bei denen der Anteil bei 0% liegt:
 - Informationstechnikzentrum Bund
 - Bundesanstalt für Immobilienaufgaben
 - Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
 - Deutsches Archäologisches Institut
 - Zentrum für internationale Friedenseinsätze
 - Generalbundesanwalt beim Gerichtshof
 - Bundesverwaltungsgericht
 - Bundesanstalt für gesundheitliche Aufklärung
 - In der Branche „Bau, Energie, Abfall“ liegt der Anteil der Beschäftigten bei 38%.
- **Der Wandel der Arbeitswelt, wie fortlaufende Beschleunigung von Produktions- Dienstleistungs- und Kommunikationsprozessen bei steigender Komplexität der Aufgaben und zunehmenden Lernanforderungen, wird häufig als mögliche Ursache für die Zunahme von psychischen Belastungen in der Arbeitswelt genannt (s. Antwort zu Frage 13).**
- **Die Bundesregierung will den Arbeitsschutz im Blick auf die Herausforderungen der Digitalisierung überprüfen. Weiterhin erklärt die Bundesregierung, dass das vorhandene Arbeitsschutzinstrumentarium genügt, um frühzeitig Gesundheitsrisiken durch psychische Belastungen zu erkennen und vorzubeugen (s. Antwort zu Frage 15 und 16).**